

China strebt nachhaltiges Wachstum an

Der chinesische Premierminister Li Keqiang hat in seiner jährlichen Rede niedrigere Wachstumsraten als Normalität bezeichnet. Gleichzeitig beunruhigt der immer höhere Militäretat die Nachbarstaaten der Volksrepublik.



Quelle: Focus.de

Jedes Jahr treffen sich in der chinesischen Hauptstadt Peking etwa 3000 Repräsentanten der verschiedenen Regionen, um im Nationalen Volkskongress den zukünftigen Kurs der Volksrepublik festzulegen. Die Macht liegt hierbei vor allem bei den Führungskadern der Partei, die in diesem Jahr das nachhaltige Wachstum der zweitgrößten Volkswirtschaft der Welt in den Mittelpunkt rückten. Im Ausland fanden jedoch besonders die steigenden Militärausgaben des Schwellenlandes Beachtung. Die entsprechenden Budgetplanungen wurden ebenfalls in der vergangenen Woche veröffentlicht.

Nach Jahren des Wirtschaftsbooms beginnt sich Chinas Wirtschaftswachstum bei etwa 7% einzupendeln. In den Jahren 2012 und 2013 lag dieses noch bei 7,7%, im vergangenen Jahr sogar nur bei 7,4%. Auch wenn die meisten anderen Volkswirtschaften von solchen Wachstumsraten weit entfernt sind, beunruhigte Beobachter zuletzt die Vorstellung, dass Chinas Wirtschaft nach Jahren des zweistelligen Wachstums eine "harte Landung" bevorstehen könnte. Aus Sicht der Regierung in Peking handelt es sich bei den niedrigeren Wachstumsraten jedoch um ein notwendiges Übel. In der Vergangenheit beruhte Chinas Wachstum primär auf dem stark expandierenden Exportgeschäft. Hierdurch blieb Chinas Entwicklung stark von dem Wachstum der Weltwirtschaft abhängig. Aus Sicht des chinesischen Premierministers Li Keqiang sind eine Reihe von Reformen nötig, um das Wirtschaftswachstum nachhaltiger zu gestalten und sich aus der internationalen Abhängigkeit zu lösen.

"Der Druck auf die Wirtschaft wächst", sagte Li in seiner Rede vor dem Volkskongress. Gemeint war hiermit vor allem die aktuelle konjunkturelle Schwäche der Weltwirtschaft. China müsse in Zukunft "die richtige Balance zwischen der Bewältigung der Schulden und der Wahrung beständigen Wachstums finden", so Li weiter. Das langfristige Ziel der Regierung sei eine "moderat wohlhabende Gesellschaft", die sich auch mit niedrigeren Wachstumsraten verwirklichen lasse.

Wochenüberblick

Mo, 02.03.2015

Der Chef der Deutschen Bank und Präsident des Bundesverbandes deutscher Banken Jürgen Fitschen muss sich in diesem Jahr wegen Betrugsverdachts im Kirch-Prozess vor Gericht verantworten. Die Anklage wurde außerdem gegen Fitschens Vorgänger Josef Ackermann und Rolf Breuer, sowie zwei weitere ehemalige Vorstandsmitglieder zugelassen. Die Staatsanwaltschaft wirft den Bankern vor, nach der Pleite der Kirch-Mediengruppe bewusst falsche Aussagen vor Gericht gemacht zu haben, um mögliche Schadensersatzforderungen von Leo Kirch abzublocken. Nach der Verkündung des Landgerichts München wird in den Medien darüber spekuliert, ob der Deutsche Bank-Chef schon vor dem Auslaufen seines Vertrags im Jahr 2017 zurücktreten könnte. Bisher heißt es jedoch von Seiten der Deutschen Bank, dass für alle Angeklagten die Unschuldsvermutung gelten müsse. Fitschen, der sich künftig nur an einem Tag in der Woche vor Gericht verantworten muss, kann seiner Arbeit vorerst weiter nachgehen, der Imageschaden für das Geldhaus ist allerdings schon jetzt enorm. Im Falle eines Schuldspruchs drohen den Bankern bis zu zehn Jahre Haft.

Di, 03.03.2015

Im Jahr 2014 ist das Arbeitsvolumen in Deutschland auf den höchsten Stand seit 1992 gestiegen, dies geht aus einem Bericht des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) hervor. Im vergangenen Jahr wurden 58,5 Milliarden Arbeitsstunden geleistet, was einem Anstieg von 1,5% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Die Zahl der Überstunden stieg von 20 auf 21,1 Stunden, außerdem leisteten deutsche Bundesbürger 2014 im Schnitt 27,8 unbezahlte Überstunden. Zu dem steigenden Arbeitsvolumen trug ebenfalls die aufgrund der guten konjunkturellen Lage gestiegene Beschäftigung bei. Diese erreichte mit 42,7 Millionen einen neuen Höchststand. Die durchschnittlichen krankheitsbedingten Ausfälle blieben im Vergleich zum Vorjahr konstant. Sie lagen im Schnitt bei 9,5 Tagen je Beschäftigtem.

Wachstumsraten um 7% werden von der Regierung und den Staatsmedien als "neue Normalität" bezeichnet. Allerdings stellt die nachlassende Dynamik der Wirtschaft die Regierung und Unternehmen vor neue Herausforderungen. Besonders die Angst vor hohen Arbeitslosenquoten und der daraus resultierenden Unzufriedenheit der Bevölkerung bereitet der kommunistischen Partei Sorgen. Insgesamt möchte die Regierung in diesem Jahr etwa 10 Millionen neue Jobs schaffen. Umfangreiche Investitionsprogramme in die Infrastruktur sollen dabei helfen, dieses Ziel zu erreichen. Diese Programme belasten jedoch den Staatshaushalt, dessen Defizit laut offiziellen Angaben von 2,1% auf 2,3% steigen wird.

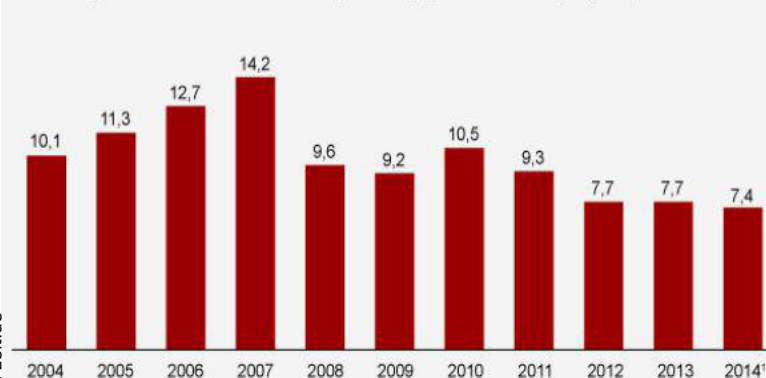
Ausländische Unternehmen sehen die Entwicklung Chinas zunehmend pessimistisch. Bei einer Umfrage der Nachrichtenagentur Reuters stellte sich heraus, dass nur noch 43% der amerikanischen Unternehmen "optimistisch" bezüglich des Chinageschäfts sind, was einem Rückgang von 10% im Vergleich zum Vorjahr entspricht. Neben dem sinkenden Wachstum war auch die steigende Konkurrenz durch chinesische Unternehmen und die undurchsichtigen Methoden der Aufsichtsbehörden ausschlaggebend für diese Einschätzung.

Im Ausland sorgte vor allem der schnell steigende Militäretat für Aufsehen. Dieser soll 2015 um etwa 10% aufgestockt werden und wächst damit deutlich schneller als die Wirtschaft (+7%). Zwar liegt der Etat noch deutlich unter dem der USA, die Nachbarstaaten Chinas fühlen sich jedoch von dem immer schlagkräftigeren Heer der Volksrepublik bedroht. Besonders im Südchinesischen Meer droht ein Konflikt zwischen Vietnam und China, denn beide Staaten beanspruchen weite Teile des Gebiets, in dem große Ölvorkommen lagern sollen, für sich. Satellitenaufnahmen belegten kürzlich, dass China dort Korallenriffe zu Inseln aufschüttet, um Militärbasen im Meer zu errichten.

Das Wachstum des Militärbudgets habe schon immer das Wirtschaftswachstum übertroffen, sagte Richard A. Bitzinger, Militärexperte an der Nanyang Technological University in Singapur der New York Times. Bei einer sich weiter abschwächenden ökonomischen Dynamik in der Zukunft werde sich diese Lücke weiter vergrößern, so der Experte. Die Militärausgaben pro Kopf liegen jedoch nach wie vor weit hinter Japan oder den USA.

China wächst langsamer

Entwicklung des chinesischen Bruttoinlandsprodukts gegenüber dem Vorjahr (in %)



Quelle: zeit.de

Quelle: IWF ¹ Schätzung

statista ZEIT ONLINE

Mi, 04.03.2015

Die griechische Regierung hat durch die Ausgabe von Geldmarktpapieren insgesamt 1,138 Milliarden Euro am Finanzmarkt eingesammelt. Laut der Regierung stellte sich das Auftreiben der genannten Summe zwar als unproblematisch heraus, Griechenland muss jedoch die höchsten Zinsen seit elf Monaten zahlen (2,97%). Im Februar lagen die Zinsen noch bei 2,75%.

Do, 05.03.2015

Der von der EZB geplante Anleihekauf in Höhe von insgesamt 1140 Milliarden Euro rückt immer näher. Am Montag sollen erste Staatsanleihen von der Zentralbank erworben werden, dies gab EZB-Chef Draghi am Donnerstag nach der Ratssitzung in Zypern bekannt. Auf den Kauf griechischer Anleihen will die Zentralbank jedoch zunächst verzichten. Bevor dies geschehen könne, müsse die Regierung in Athen zunächst die angekündigten Reformschritte in die Realität umsetzen, so Draghi. Die Zentralbank darf für das angekündigte Programm nur als "sicher" eingestufte Wertpapiere erwerben. Eine Ausnahme bilden jedoch die Anleihen von Staaten, die von EZB, EU und IWF überwacht werden.

Die EZB hat indes ihre Wachstumsprognose für die Eurozone merklich nach oben korrigiert. Statt der zunächst prognostizierten 1,0% soll die Wirtschaft in diesem Jahr um 1,5% wachsen. Bis 2017 könnte sogar die 2%-Marke überschritten werden, so die Zentralbanker am Donnerstag. Gleichzeitig soll das Anleihekaufprogramm dabei helfen, deflationäre Tendenzen zu unterbinden.

Fr, 06.03.2015

Finanzminister Schäuble möchte den Solidaritätszuschlag in Zukunft Schritt für Schritt senken, anstatt diesen in die Einkommenssteuer zu integrieren. Letztere Variante stieß vor allem auf Kritik aus Bayern, wo die Landesregierung Steuererhöhungen vermeiden will. Die von der SPD geführten Länder lehnen das von dem Finanzminister vorgeschlagene Konzept jedoch vehement ab. Ob es in diesem Punkt zu einem Koalitionsstreit kommt, bleibt abzuwarten, denn Wirtschaftsminister Gabriel signalisierte kürzlich bereits seine Gesprächsbereitschaft in diesem Punkt.